

Simonis, Udo E.

**Book Part — Digitized Version**

## Ökologie und politische Ökonomie

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Simonis, Udo E. (1987) : Ökologie und politische Ökonomie, In: Gernot Gather, Ulrich von Pufendorf (Ed.): Das Ganze Denken: zur politischen Kultur der Gegenwart, ISBN 3-925102-01-9, Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947, Frankfurt/M., pp. 171-181

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122559>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

UDO ERNST SIMONIS

## ÖKOLOGIE UND POLITISCHE ÖKONOMIE\*

»Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz«. »Erfolge durch Zusammenwirken aller Parteien«. »Einsicht der Wirtschaft – gute Erfahrungen.« So und ähnlich lauteten die Schlagzeilen in jüngster Zeit. Die Umweltpolitik wird – so scheint es – getragen von Milde, Marktkräften und Vertrauen in das Gute des Menschen. Wie aber steht es wirklich mit dem Verhältnis von Ökologie und Ökonomie, welche Chancen gibt es zu ihrer Harmonisierung?

In diesem Beitrag will ich drei Fragen nachgehen:

- den Wirkungszusammenhängen und Wirkungskonflikten zwischen Ökologie und Ökonomie,
- internen Steuerungsmechanismen, im Sinne der ökologischen Selbststeuerung der Wirtschaft und
- externen Steuerungsmechanismen, im Sinne der ökologischen Orientierung der Wirtschaftspolitik.

### 1. Zusammenhänge und Konflikte zwischen Ökologie und Ökonomie

Ökologie bedeutet inhaltlich die Lehre vom notwendigen und möglichen Frieden des Menschen mit der Natur (C. F. v. Weizsäcker). Ökonomie ist zunächst einmal Unfrieden mit der Natur; Natur wird direkt genutzt und indirekt durch Verarbeitung von Rohstoffen zu Produkten, und sie wird durch Schadstoffe und Abfälle der Produktion belastet. Zwei Prozesse also, bei denen die Natur als Verlierer zurückbleibt; sie tauscht natürliche Rohstoffe gegen produzierte Abfallstoffe ein. Dabei ist die Natur neben Arbeit und Kapital ein stummer, doch in des Wortes

\* Nach einem Vortrag im Rahmen der RIAS-Funkuniversität.

echter Bedeutung ein ausgebeuteter, dritter Produktionsfaktor. Wie kann man die Stellung der Natur in der Ökonomie verbessern – ihre Rechte gewähren und Schutz verleihen?

»Verwendung von Rohstoffen« und »Entstehung von Abfallstoffen«, dies sind natürlich alte Themen. Die moderne wissenschaftlich-technische Entwicklung aber hat die Ausbeutung nicht erneuerbarer Rohstoffe zunehmend möglich gemacht und die Ansammlung nicht abbaubarer Abfallstoffe zunehmend häufig werden lassen. Die Natur kann einen Teil des an sie adressierten Rückversandes an Stoffen nicht mehr verkraften, Stoffe, von denen viele nicht nur für die Natur, sondern auch für den Menschen toxisch sind.

Anstrengungen, diese Abfallstoffe zu verstecken – auf Deponien, in Zwischen- oder Endlagern, zu zerstreuen – über hohe Schornsteine – oder zu verdünnen – auf See –, erweisen sich nicht oder nur zeitweise als erfolgreich, was damit zu tun hat, daß Umweltgifte in der Regel, wie Mayer-Tasch dies genannt hat, Wandergifte sind; sie machen nicht an Grenzen halt. Eine Folge davon ist die »Linearisierung« ökologischer Kreisläufe, das heißt: die natürliche Vielfalt wird reduziert, die Robustheit der Ökosysteme verringert sich, Symbiosen brechen zusammen, Gleichgewichte gehen verloren. Die Konsequenz aus diesen Prozessen besteht in der Abnahme der Absorptionskapazität der natürlichen Umwelt und der Zunahme der Umweltbelastung.

Dementsprechend läßt sich der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie in zwei (tatsächlich oder vermeintlich?) unverträglichen Grundprinzipien ausmachen: Dem ökologischen Prinzip der »Stabilität als Lebensbedingung der Natur« und dem ökonomischen Prinzip des »Wachstums als Interesse der Wirtschaft«, genauer: den Prinzipien der betriebswirtschaftlichen Rentabilität, des volkswirtschaftlichen Wachstums und der weltwirtschaftlichen Expansion.

Die Frage, ob und wie diese ökonomischen Prinzipien angesichts eingetretener oder sich abzeichnender ökologischer Krisenlagen harmonisierbar sind, auf welcher Ebene und auf welche Weise, dies ist natürlich eine in Wissenschaft und Praxis höchst strittige Frage. Ihre Beantwortung ist zunächst einmal abhängig von der jeweiligen (individuellen und gesellschaftlichen) Interessenlage; hier scheiden sich die Geister schnell und zumeist auch eindeutig. Sie ist zum anderen auch abhängig von der Fähigkeit und der Bereitschaft zur sozialen Innovation – besonders aber davon, wie man die Möglichkeit der Anwendung bzw. Nachahmung ökologischer Regelmechanismen zur Selbststeuerung der Wirtschaft nutzt und die Möglichkeit der ökologischen Orientierung der Wirtschaftspolitik einschätzt.

## 2. Ökologische Selbststeuerung der Wirtschaft?

Es gäbe sicherlich nur einen Bruchteil der derzeitigen Umweltprobleme, wenn die ökonomischen Zusammenhänge so klein und überschaubar (geblieben) wären, daß Produzenten und Konsumenten die Konsequenzen ihrer eigenen Natur-Abnutzung und Natur-Belastung erkennen und spüren würden – oder anders ausgedrückt: wenn die betriebliche Rentabilität, das Wachstum der Volkswirtschaft und die Expansion auf Weltmärkten nicht dadurch gesichert bzw. gesteigert werden könnten, daß man einen Teil der entstehenden Kosten nach außen verlagerte. Dies ist die alte, aber stets neue, weil ungelöste Frage der *externen Effekte der Produktion*.

Die ökonomisch-technische Entwicklung war und ist mit negativen externen Effekten verbunden, d.h. der Verlagerung von Kosten auf Dritte oder die Gesellschaft, auf zukünftige Generationen, auf die Natur. Beim Umweltproblem sind alle diese Komponenten externer Effekte miteinander verknüpft; es ist, wie Meyer-Abich meint, die Inkarnation der Problemhaftigkeit der industriewirtschaftlichen Produktion.

Nehmen wir die Belastung des »Ökosystems Wald« als jüngstes Beispiel der öffentlichen Umweltdiskussion:

- Es zeigt erstens die Verlagerung eines Teils der Kosten der Produktion, in Form der nicht ausreichend reduzierten Luftschadstoffe auf die nur begrenzt resistente Natur: der Wald stirbt.
- Es zeigt zweitens die Verlagerung von Kosten auf die folgenden Generationen, im Sinne einer waldlosen Zukunft bzw. einer nur langfristig möglichen Wiedergewinnung der Reproduktionsfähigkeit des Bodens.
- Es zeigt ferner die Verlagerung von Kosten auf Dritte (d.h. Teil-Enteignung der Waldbesitzer) und die Gesellschaft in dem Sinne, daß betrieblich-technische Entscheidungen individueller Verursacher (wie z.B. Kraftwerks- und Verkehrsemittenten, Schadstoffexporteure) das Wohlbefinden und letztlich die physische Gesundheit der Gesellschaft insgesamt in Mitleidenschaft ziehen.

In Bezug auf das »Ökosystem Wald« rechnet das ökonomische System also offenbar falsch. Sowohl das betriebswirtschaftliche als auch das volkswirtschaftliche Rechnungswesen enthält keine ausreichenden Signale, die eine dem ökologischen System nicht mehr angemessene, d.h. nicht verkraftbare Schadstoffbelastung verhindern. Das traditionelle Rechnungswesen weist sowohl für die Energiegewinnung, bei den Automobilherstellern und den Schadstoffexporteuren (um bei den genannten drei Verursachern zu bleiben) positive Salden auf, obwohl das »Ökosystem Wald« nachweislich wegen der Schadstoffentstehung in

diesen Wirtschaftsbereichen erheblich und teils unwiderruflich geschädigt wird: Verlust hier, Gewinn dort, ein Ausgleich findet nicht statt und ist auch eigentlich nicht vorgesehen.

Das ökonomische Rechnungswesen ist in einer zweiten Weise defizitär, in dem Sinne, daß ihm die für ein ökologisches System typischen Schwellenwert-Phänomene fremd sind: Die Regenerationskraft eines ökologischen Systems geht verloren, wenn bestimmte Grenzen der Belastbarkeit überschritten sind (die »überkritische chronische Schadstoffbelastung«); es kann zwischen guten und schlechten Prozessen unterscheiden. Diese Qualität geht dem ökonomischen Rechnungswesen bisher ab: jede ausgegebene Mark, egal von wem für was getätigt, wird positiv verbucht; es weist selbst dann noch Erfolg aus, wenn bereits große Teile des laufenden Produktionswertes nur zur Erhaltung des status quo aufgewendet werden müssen.

Eine der anstehenden Aufgaben ist damit leicht beschreibbar: Möglichst weitreichende *Internalisierung der externen Effekte*; einfacher ausgedrückt: Rückverlagerung der Kosten in die verursachende Wirtschaftseinheit und Einbindung der »ökologischen Komponente« in die betriebswirtschaftliche Investitionsentscheidung.

Zweifellos ist die Verringerung der externen Effekte der Produktion auf Gesellschaft, Natur und künftige Generationen ein wichtiges strategisches Element zur Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie. Bei (Wieder-) Herstellung überschaubarer ökonomischer Kreisläufe wären ökologische Krisenfälle wie Minamata, Seveso, Georgswerder, Bhopal usw. nicht möglich gewesen und nicht wiederholbar. Nur: ist dies wahrscheinlich?

*Wirtschaften als Kreislaufprozeß* zu begreifen, als Recycling im umfassenden Sinne, hieße systematische Verringerung des Einsatzes nicht erneuerbarer Rohstoffe und der Entstehung nicht abbaufähiger Abfälle – und widerspricht damit einer auf schnellen Durchsatz angelegten Wirtschaft. Recycling ist in der Praxis erst ansatzweise (bei Altglas, Altpapier, Altreifen, Bleiakкумуляtoren) wieder zu einer systematischen ökonomischen Tätigkeit geworden. Die Abkehr von der bloßen Abfallbeseitigung zur integrierten Abfallwirtschaft ist bisher jedoch nicht vollzogen. Das liegt teilweise sicherlich daran, daß viele Abfallstoffe nicht oder nur mit großem Aufwand recycelbar sind. Das liegt zum Teil aber lediglich daran, daß die richtigen Preis- und Kostensignale noch immer nicht gesetzt sind: Müllvermeidung und Energieeinsparung werden z.B. nicht ausreichend begünstigt, ja, vielfach sogar finanziell bestraft. Es liegt zum Teil aber auch an den strukturellen Mängeln des traditionellen Rechnungswesens, das hinreichende Kriterien für die Messung von natürli-

chen Substanzverlusten nicht kennt, so daß eine strukturelle Gefahr besteht: »zunehmendes monetäres Einkommen« wird gegen »abnehmendes reales Naturkapital« eingetauscht.

Weil beispielsweise die ökologischen Verluste durch Luft- und Wasserverschmutzung (wie Artenrückgang, Verlust an genetischer Vielfalt usw.) nicht bei denen als Kosten erscheinen und erhoben werden, die sie verursachen, werden sie nicht behoben, sondern nur erlitten. Weil die Unfallkosten des Automobils nicht beim Hersteller, sondern – vielfach vermittelt, d.h. nicht überschaubar – beim Nutzer bzw. der Allgemeinheit erhoben werden, hat die Unfallverminderung nur relativ geringe Priorität. Wären die Waldschäden von den Waldbesitzern z.B. bei den Automobilherstellern einklagbar, träte die Automobilindustrie sicherlich längst für ein Tempolimit ein.

Waldschäden sind relativ verständlich kalkulierbar, wenn und in dem Maße wie es um Kategorien geht (wie Einkommen und Kapital), für die akzeptierte Konventionen entwickelt sind; Schädiger und Geschädigte sind dann bekannt oder leicht feststellbar. Eine Änderung des Schadensersatzrechtes bzw. die Einführung eines strikten Haftungsprinzips würde in diesen Fällen weitreichende ökologisch positive Wirkungen haben können. Schwieriger ist es, wenn es um ökologisch komplexe, langfristig relevante Effekte geht. In der Erfassung und Bewertung ökologischer Nutzen und Kosten liegt ein besonders konzeptuelles Defizit vor, das dringend überwunden werden müßte.

Ansätze zu einer *ökologischen Buchhaltung* auf Betriebsebene und zu einer Integration von Umweltaspekten in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (*Öko-Sozialprodukt*) sind jedoch vielversprechend und inzwischen auch, so denke ich, hinreichend getestet. Mit der ökologischen Buchhaltung werden der von einer Wirtschaftseinheit ausgehende Energie-, Material- und Bodenverbrauch, die festen und flüssigen Abfälle berechnet und über Simulation gegebener Knappheiten die Rechnungseinheiten ermittelt, die in die Buchhaltung Eingang finden. Auf diese Weise entsteht nicht nur eine unternehmensinterne Entscheidungshilfe, sondern auch ein öffentliches Informationsinstrument, das zur Bestimmung und Förderung qualitativer Wirtschaftsprozesse (»qualitatives Wachstum«) beitragen kann. Diese Ansätze müßten allerdings allgemein eingeführt und gesetzlich verbindlich werden – ein Schritt, für den sich bisher keine ausreichende politische Unterstützung gefunden hat.

Neben dem genannten umfassenden Kreislaufprinzip ist ein zweites ökologisches Prinzip in der modernen Industriegesellschaft nicht mehr gewährleistet: das der *Nachhaltigkeit* der Ressourcennutzung bzw.

der Verhinderung des Substanzverzehr. Waldbesitzer haben sich lange erfolgreich danach gerichtet, »nicht mehr Holz zu schlagen als nachwächst«. Dieses Prinzip ist jedoch inzwischen erodiert: Extern produzierter »saurer Regen« macht intern betriebene Substanzerhaltung zunichte. Die Nachhaltigkeit des privaten »Wald-Kapitals« wird durch indirekte Enteignung in Form des öffentlich erlebten »Wald-Sterbens« ersetzt. Die Natur wehrt sich durch Tod ... Wie aber wehrt sich die Gesellschaft?

Ich denke, es gälte ein anderes Prinzip zu beleben: das der *Verantwortung* bzw. *Haftung*. In Bezug auf das Umweltproblem ist das Rechtswesen und damit das wirtschaftliche Verhalten geprägt vom strikten Nachweis der Kausalität: Für Schäden haftet *der* Schädiger, dem der Geschädigte die Verursachung nachweisen kann. In anderen Ländern – wie z.B. Japan – genügt jedoch die statistische Wahrscheinlichkeit, um umweltverschmutzende Unternehmen gesamtschuldnerisch zum Schadenersatz zu verpflichten.

Dieses Prinzip hat – nachdem es nach ersten dramatischen Umweltschäden angewendet wurde – in Japan die Umweltqualität durch ökologische Selbststeuerung der Wirtschaft verbessert, den Präventionsgedanken im Umweltschutz gestärkt und die technische Lösung von Umweltproblemen von der Nachsorge zur Vorsorge, vom nachträglichen Einbau von Filtern usw. (end-of-the-pipe Technologien) zu neuartigen emissionsarmen Lösungen (integrierte Technologien) verlagert.

Die konkrete Ausgestaltung des Verantwortungs- und Haftungsprinzips kann auf vielfältige Weise erfolgen: Umwelt-Gefährdungshaftung; kooperative Altlasten-Fonds; Risiko-Fonds; automatische öffentliche Emissionsanzeige, usw.

Fazit: Die Umweltprobleme sind nicht nur eine Folge der vorhandenen Wirtschaftsstrukturen, der prekären Abhängigkeit der Wirtschaft von nicht erneuerbaren Rohstoffen und der Entstehung nicht abbaufähiger Abfallstoffe; sie sind auch die Folge einer sozialen Innovationschwäche in Bezug auf die Anwendung bzw. Nachahmung von ökologischen Prinzipien, d.h. eines Defizites an geeigneten Selbststeuerungsmechanismen im unternehmerischen Entscheidungsbereich.

### 3. Ökologische Orientierung der Wirtschaftspolitik?

Die Wirtschaftspolitik der westlichen Industrieländer ist konzeptionell von zwei Grundpositionen (mit unterschiedlichen Schattierungen) geprägt:

- der Neoklassik, d.h. im wesentlichen Marktpolitik und
- dem Keynesianismus, d.h. im wesentlichen aktive Steuerung des Niveaus der Wirtschaftstätigkeit.

Beide Steuerungskonzepte sind vom Ansatz her – ein Phänomen für sich – sehr alt: das eine fast 200, das andere inzwischen 50 Jahre. Beide haben angesichts der vorliegenden ökonomischen und ökologischen Probleme ihre je spezifischen Schwächen. Beiden Steuerungskonzepten gemeinsam ist eine hohe Präferenz für quantitatives Wachstum – betrieblich, volkswirtschaftlich, weltwirtschaftlich. Beiden fehlt es dagegen an Sensibilität in Bezug auf das Umweltproblem. Ja, man könnte sagen, daß das fast völlige Ausblenden ökologischer Aspekte und der eingetretenen ökologischen Belastungen, wie aber auch des inzwischen enorm gestiegenen Umweltbewußtseins der Bevölkerung geradezu die zentralen Schwächen dieser traditionellen wirtschaftspolitischen Konzepte sind.

Die Kritik an diesen Grundpositionen hat sich entfaltet, weil die praktizierte Wirtschaftspolitik

- beschäftigungsloses Wachstum nicht verhindert und
- umweltverträgliches Wachstum nicht garantiert hat.

Entsprechend werden die *Leitvorstellungen* und der *Zielkatalog* der Wirtschaftspolitik hinterfragt und die Defizite des *Instrumentariums* und der *Institutionen* aufgedeckt, woraus sich eine dritte Grundposition der Wirtschaftspolitik entwickeln wird: *ökologische Wirtschaftspolitik*.

(1) Die traditionelle Wirtschaftspolitik beruht auf der *Leitvorstellung* der Erhöhung bzw. Maximierung von Strömungsgrößen: Produktionsvolumen, Einkommen, Gewinn, Umsatz. Kenneth Boulding hat dies vor fünfzehn Jahren auf den Begriff gebracht: »throughput economy – Durchlaufwirtschaft«. Dem stellte er die Forderung »spaceship economy – Raumschiffökonomie« entgegen. Schriebe er heute, würde er wohl von »ecological economy – ökologische Wirtschaft« sprechen. Dieses Paradigma schließt also eine neue Leitvorstellung ein: Erhöhung der Effizienz bei Erhaltung der Substanz! Gesichtspunkte wie Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung werden wichtig, die ökologische Strukturanpassung der Wirtschaft, der Produkte und der Produktionsverfahren, wird zur Aufgabe.

(2) Was die *Zielebene* betrifft, ginge es um Neudefinition und um Ergänzung der wirtschaftspolitischen Ziele, besonders um:

- die Qualifizierung des Wachstumsziels und
- die Einbindung der »Umweltstabilität« in den Zielkatalog der Wirtschaftspolitik.

Die bisherigen wirtschaftspolitischen Zielindikatoren sind gleich in mehrfacher Weise defizitär. Sie wurden zu einer Zeit entwickelt, als die

Umwelt zwar schon ein Problem aber noch kein Thema war, und sie sind seither eigentlich nicht angepaßt worden. Dies ist ein unhaltbarer Zustand – und zwar aus mehreren Gründen:

- Wirtschaftswachstum wird in Güter- und Einkommenskategorien bestimmt (Bruttosozialprodukt), der ökologische Stoffkreislauf bleibt dabei ausgeblendet.
- Wirtschaftswachstum wird definiert als Zunahme von Strömungsgrößen (Einkommen), unberücksichtigt bleiben deren Auswirkungen auf Umfang und Qualität ökologischer Bestandsgrößen (Naturkapital).
- Im Bruttosozialprodukt werden alle monetären Aktivitäten aufaddiert, unabhängig davon, welche Funktion sie erfüllen. Es umfaßt dabei zunehmend mehr Ausgaben, die als solche nicht positiv zu bewerten sind, sondern die allein wegen der notwendigen Kompensation von Schäden entstehen, die zuvor vom Wirtschaftsprozeß erzeugt wurden.

Fazit: Die Qualifizierung der traditionellen wirtschaftspolitischen Zielindikatoren müßte eigentlich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Sie kann methodisch in unterschiedlicher Weise und Reichweite erfolgen: Erfassung der kompensatorischen Ausgaben, d.h. der Ermittlung eines umweltbezogenen Nettoprodukts; kombinierte Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungs-Indizes; integriertes System ökonomischer, sozialer und ökologischer Indikatoren; Umweltverträglichkeitsprüfung.

Was die zweite genannte Aufgabe angeht, so ist die Frage der Verankerung des Umweltziels im Grundgesetz bzw. in den Länderverfassungen diskutiert und länderweise auch durchgeführt worden; offen ist, wie gewährleistet werden kann, daß daraus kein Papiertiger wird. Nicht andiskutiert ist dagegen die Frage, auf welche Weise und mit welcher Konsequenz das Ziel »Umweltstabilität« in den Zielkatalog der staatlichen Wirtschaftspolitik (= *neues Stabilitätsgesetz*) aufgenommen und wie die »Kontrolle rohstoffverschwendender und umweltbelastender Unternehmen« zur Aufgabe der Kartellbehörde gemacht werden könnte (= *neues Kartellgesetz*). Die ökologie-orientierte Novellierung dieser beiden wichtigen gesetzlichen Grundlagen der staatlichen Wirtschaftspolitik ist meines Erachtens überfällig.

(3) Was die *Instrumentenebene* betrifft, so benutzt die traditionelle Wirtschaftspolitik im wesentlichen nur zwei Instrumentenkästen bzw. Maßnahmenbereiche: Geldpolitik und Finanzpolitik. Unter ökologischen Gesichtspunkten sind allgemeine Zinssatz- und Steuersatzänderungen allein jedoch nicht zielführend – mit Ausnahmen vielleicht: Wenn die Lohn- und Lohnnebensteuern ganz oder teilweise abgeschafft

und stattdessen *Ressourcen- und Umweltsteuern* eingeführt würden, hätte dies einen positiven Beschäftigungseffekt (relative Entlastung des Produktionsfaktors Arbeit) und zugleich einen positiven Umwelteffekt (relative Belastung des Umweltverbrauchs). Selbst eine partielle derartige Reform des Steuerrechts wäre ein Schritt nach vorn.

Ein umweltorientiertes Steuer- und Abgabensystem zu schaffen, hieße generell: Abbau aller Mechanismen, die den Umweltverbrauch forcieren und Aufbau von Mechanismen, die ihn reduzieren. Speziell ginge es um bestimmte neue Steuern und Abgaben, die teilweise auch bereits diskutiert werden, wie z.B. eine (nach Höhe der Folgekosten gestaffelte) *Produktsteuer*, eine *Verpackungssteuer*, einzelne *Schadstoffabgaben* und *Emissionssteuern* (Schwefelabgabe, Stickstoffabgabe, Lärmabgabe), *Umweltkreditgarantien* oder die Einrichtung zinsloser (-günstiger) Kredite für *ökologische Pilotprojekte* (Öko-Bank).

Eine Zwischenbemerkung: Zur Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie reicht es natürlich nicht, nur das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik zu reformieren. Die Verbesserung der Umweltqualität erfordert vielmehr auch die Ökologisierung (bzw. Re-Ökologisierung) der Politik im weiteren Sinne, verstanden als frühzeitige Berücksichtigung von Umweltbelangen bei der Programmformulierung und Projektauswahl in allen umweltrelevanten Politikbereichen.

Die ökologische Bedeutung der Schnittstellen zwischen der Wirtschaftspolitik und den anderen Politikbereichen ist indes erst ansatzweise ausgelotet. Politikbereiche mit hoher Umweltrelevanz werden bisher nicht oder noch zu wenig unter ökologischen Gesichtspunkten konzipiert und evaluiert. Dies gilt (vielleicht mit zunehmender Brisanz) für die Agrarpolitik, die Technologiepolitik, aber auch die Entwicklungspolitik. Es gilt, trotz intensiver Diskussionen, noch immer für die Energiepolitik und die Verkehrspolitik, weniger dagegen für die Arbeitspolitik. Hier sind im Verlaufe der krisenhaften Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zumindest Konzepte zur Integration von Arbeitszeitverkürzung, Umweltschonung und Arbeitsplatzbeschaffung geleistet worden – wenn auch zu wenig von diesem Wissen in die Praxis umgesetzt ist.

(4) Die Wirtschaftspolitik hat – neben allgemeinen Leitvorstellungen, konkreten Zielen und Instrumenten – auch eine bestimmte *institutionelle Ebene*. Eine ökologie-orientierte Steuerung des ökonomischen Systems bedarf daher schließlich auch der institutionellen Reform – und das heißt: vorhandene Institutionen umpolen, veraltete aufgeben und neue schaffen. Hierbei geht es meines Erachtens nicht um die alte Kontroverse »mehr Markt oder mehr Staat«. Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie verlangt vielmehr – um im Bild zu bleiben – einen

*besseren* Markt und einen *besseren* Staat – und dies unter anderem aus folgenden Gründen:

Umweltprobleme machen in der Regel weder an den privaten Eigentumsgrenzen noch an den staatlichen Landesgrenzen halt und Umweltschutz tangiert die Zuständigkeiten nationaler und supra-nationaler Institutionen. Weder die privatrechtliche noch die nationalstaatliche Alleinkompetenz (hier: Privatisierung der Umwelt; da: Umwelt als staatliches Gut) kann daher eine angemessene Antwort auf die vorhandenen und die zu erwartenden Umweltbelastungen sein. Eine strukturelle Anpassung der Institutionen scheint nötig, eine ökologische Reform relevanter Gesetze und Verordnungen muß durchgeführt werden, die öffentlichen Behörden müßten mit gutem Beispiel vorangehen, sich selber stärker in die »ökologische Pflicht« nehmen.

Ohne zunehmendes ökologisches Wissen und Gewissen aller Institutionen und ohne breite gesellschaftliche Unterstützung werden Umweltprobleme meist nur nachträglich und partiell behandelt, nicht aber vorausschauend verhindert und systematisch gelöst.

Aus all dem ergeben sich bestimmte Mindestanforderungen einer ökologie-orientierten institutionellen Reform:

- Wirtschafts-Institutionen orientieren sich stärker an den ökologischen Problemen,
- Umwelt-Institutionen erfahren Kompetenzzuwachs,
- Einrichtungen der Technologiebewertung erhalten Umweltkompetenz (sog. Öko-TÜV),
- Einrichtungen der Produktbewertung erweitern ihre Kompetenz in Richtung der ökologischen Bewertung der Produkte und Produktionsverfahren (sog. Öko-TEST),
- die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird zu einem allgemeinen (und allgemein verständlichen) Bestandteil allen ökonomischen und politischen Handelns.

#### 4. Ein Ausblick

Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie ist, nach allem was ich gesagt habe, eine gewaltige theoretisch-konzeptionelle und praktisch-politische Aufgabe. Wenn sie gelingen soll, muß ein wichtiger Bereich unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit – die Ökonomie und die sie steuernde Wirtschaftspolitik – inhaltlich erneuert und methodisch erweitert werden. *Eine Anleihe der Ökonomie an der Ökologie liegt nahe.* Einige Beispiele der praktischen Anwendung bzw. Nachahmung

ökologischer Regelmechanismen wurden aufgezeigt. Sie eröffneten – so denke ich – eine Fülle von Möglichkeiten, das ökonomische System insgesamt umweltverträglicher zu machen. In der ökologischen Struktur-  
anpassung der Wirtschaft und der ökologischen Orientierung der Wirtschaftspolitik liegt schließlich die einzige Chance, die Interessen von Mensch und Natur besser in Übereinstimmung zu bringen, d.h. beiden langfristigen Wohl-Stand in des Wortes echter Bedeutung zu garantieren.